

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Florian Gerster MdB zur  
Notwendigkeit, supra-  
nationale Institutionen  
zu stärken: Sozialde-  
mokratie und Weltin-  
nenpolitik.

Seite 1

Gernot Erler MdB zum  
Versuch, den Golfkrieg  
für schätzbare Tricks zu  
nutzen: Stoltenbergs  
Umgehungshaushalt  
für neue Waffen.

Seite 2

Horst Niggemeier MdB  
zur Diskussion über  
den Regierungssitz:  
Warum nicht auch über  
die Kosten sprechen?

Seite 3

Hans Büttner MdB zur  
geplanten Neuregelung  
des Fremdreten-  
rechts: Eklatante Un-  
gleichbehandlung ver-  
meiden.

Seite 5

Rudolf Dressler MdB  
zum 60. Geburtstag  
Walter Edenhofers: Ein  
Wirken mitten in der  
großen Volkspartei.

Seite 5

46. Jahrgang / 80

26. April 1991

### Sozialdemokratie und Weltinnenpolitik

Zur Notwendigkeit, supranationale Institutionen zu stärken

Von Florian Gerster MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Ende des Ost-West-Konflikts führt zu einer dramatischen Neuordnung der internationalen Politik. Das Machtkartell der beiden Supermächte USA und Sowjetunion während des Kalten Krieges wird nicht wiederkehren, auch wenn das innenpolitische Tauwetter in der Sowjetunion zu Ende sein sollte.

Die Aufwertung der Vereinten Nationen und die konstruktive Rolle, die die Weltorganisation und der Weltsicherheitsrat bis zum Beginn der militärischen Aktionen der Allianz am Golf nach dem 15. Januar 1991 spielen konnte, sind direkte Folge des Endes der Spaltung Deutschlands und Europas. Damit gewinnen auch traditionelle Vorstellungen internationaler Politik plötzlich Aktualität, die zu sozialdemokratischem Gedankengut von Anfang an gehören.

Zwischen Programm und veränderter Wirklichkeit können Welten liegen, auch wenn die Realität sich dem Programm annähert. Die Politische Union in Europa etwa öffnet die Perspektive gemeinsamer europäischer Sicherheitspolitik. Jedoch bekommen manche Zeitgenossen, die im Jahr der deutschen Einheit zu den Vereinigten Staaten von Europa durchstarten wollten, angesichts einer europäischen integrierten Eingreiftruppe mit deutscher Beteiligung Bedenken und verlangen die Selbstbeschränkung auf Landesverteidigung auf lange Sicht. Die UNO andererseits soll sich erst reformieren, bevor wir JA zu deutscher Beteiligung an Friedenssicherungsmaßnahmen der Weltorganisation sagen können.

Uns Sozialdemokraten muß der enge Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik für einen Staat der Geschichte, der Größe, der Wirtschaftsverflechtung und kontinentalen Mittellage Deutschlands bewußt sein. Wenn wir uns nicht verweigern, sondern einbringen, können wir den Spielraum deutscher Außen- und Sicherheitspolitik erweitern und die internationale Politik wirksam beeinflussen. Die deutsche Bereitschaft zur Beteiligung an Friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen unter UN-Kommando ist eine wichtige Voraussetzung, künftig auf Weltpolizisten in Gestalt einer Großmacht verzichten zu können.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 06

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

(-/26.4.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

Förderer Umwelt  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Stoltenbergs Umgehungshaushalt für neue Waffen**  
**Zum Versuch, den Golfkrieg für schäbige Tricks zu nutzen**

Von Gernot Erier MdB

Mitglied des Verteidigungs-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Not macht bekanntlich erfinderisch. Die Not besteht darin, daß übergeordnete politische Rücksichten die Hardthöhe im Haushalt 1991 dazu zwingen, nicht nochmals gegenüber dem Rekordhaushalt 1990 zuzulegen. Da der Cunctator Stoltenberg seine Hausaufgaben nicht gemacht hat und Truppenreduzierungs- wie Standortentscheidungen immer weiter aufschiebt, wachsen die Anteile der Personalausgaben trotz vorgegebener Truppenreduzierung und schnüren den langen Entwicklungs- und Beschaffungswunschlisten der Streitkräfte die Luft ab.

Der Erfindungsreichtum knüpft am Golfkrieg an. Wir waren ja eben doch dabei, wenn auch nicht an vorderster Front und persönlich: aber immerhin mit Rüstungsmaterial im Wert von 2,5 Mrd. DM und zusätzlichen Betriebskosten von 350 Mio. DM. Eine wunderbare Gelegenheit, denn jeder sieht ein, daß die hergeschenkte oder ausgeborgte Ware, von der Sonnencreme für 210.000 DM über Sandsäcke für eine Million DM bis zu wertvoller Artilleriemunition und Tornadoersatzteilen wieder herbeimuß. Alles andere wäre ungerecht. Und von der Systematik her gehört tatsächlich ein solcher Titel "Ersatzbeschaffung zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr" nicht in den Einzelplan 14 (also den Haushalt der Hardthöhe), sondern in die "Allgemeine Finanzverwaltung" des EPL 60. Auf den ersten Blick erscheint es maßvoll, daß dort für das Haushaltsjahr 1991 für solche Ersatzbeschaffungen infolge der deutschen Golf-Rüstungs-Beteiligung 500 Mio. DM bereitgestellt werden sowie in den drei Folgejahren nochmals eine Milliarde DM als Verpflichtungsermächtigungen.

Schaut man genauer hin, entdeckt man schäbige Tricks. Für Stoltenberg ist der Golfkrieg ein willkommener Vorwand, um einen dreisten Umgehungshaushalt an Parlament und Öffentlichkeit vorbeizuschummeln. Tatsächlich sollen nämlich nur 386 Mio. für die zusätzlichen Betriebsaufwendungen und 798 Mio. für die begründbaren Wiederbeschaffungen der Bundeswehr aufgewendet werden. Der Umgehungshaushalt beginnt da, wo auf einmal ein Finanzbedarf für Maßnahmen geltend gemacht wird, "die nach den Erkenntnisse des Golfkriegs für die Bundeswehr vordringlich sind." Kostenpunkt: 2,392 Mrd. DM! Da tauchen dann acht aufwendige Entwicklungsvorhaben und zwölf Beschaffungswünsche auf, die im ordentlichen Verteidigungshaushalt nicht mehr unterzubringen waren, hier aber fröhlich unter der Flagge der "Golfkriegserkenntnis" Fahrt aufnehmen sollen.

Kleiner Schönheitsfehler, daß der definierte "Bedarf" den Mittelansatz um die Kleinigkeit von 2,031 Mrd. DM überschreitet! Trost soll spenden, daß ja vielleicht noch was zurückkommt von den ausgeliehenen Waffen, obwohl die den Wert von 660 Mio. nicht überschreiten. Über diese Brücke aber lassen sich schon ausgesonderte Projekte wie eine "künftige Panzerhauptbewaffnung", eine "Modulare Abstandswaffe", ein komplettes "Taktisches Luftverteidigungssystem", ein "Kleinfluggerät Zielortung" und sogar ein neues U-Boot der Klasse 212 anfinanzieren. So richtig teuer wird es meist erst ab 1995, aber da rechnet man eben auf die Vernunft des Parlaments, das doch nicht Projekte abbrechen wird, in die schon so viele Millionen investiert sein werden.

Was den Abgeordneten hier unter dem Titel 6007 serviert wird, ist ein in diesem Ausmaß noch nicht dagewesenes Täuschungsmanöver, ein kompletter Umgehungs-Rüstungshaushalt. Natürlich befinden sich darunter Einzelprojekte, die man begründen kann. Sie gehören aber in den Einzelplan 14 und haben nichts mit "Ersatzbeschaffungen" aus dem Golfkrieg zu tun. Apropos Golfkrieg: Während sich die ganze Welt darum bemüht, die Katastrophik der Kriegsfolgen mit dem millionenstarken Flüchtlingsheer der Kurden, mit dem überseuchten Golf und seinen brennenden Ölquellen in den Griff zu kriegen, verfügt der deutsche Verteidigungsminister bereits über "Erkenntnisse", was nach den Erfahrungen der Wüstenschlacht für die Bun-

deswehr not tut. Was schert ihn dabei, daß die Golf-Koalition erklärtermaßen einen Angriffskrieg gegen einen Aggressor führte, was mit dem bisherigen Auftrag der Bundeswehr gar nicht in Einklang zu bringen ist. Was kümmert ihn, daß die NATO derzeit an einer neuen Strategie bastelt, die vor Herbst '91 nicht einmal in den Grundzügen definiert sein wird. Die Gelegenheit ist einfach zu verlockend, hinter der Nebelwand "Ersatzbeschaffung" trotz stagnierenden Etats einen reichen Waffen-Tisch zu decken, und zwar jetzt.

Daß es den Koalitionären ob ihrer Dreistigkeit, mit der sie hierbei Haushaltsprinzipien vergewaltigen, doch etwas mulmig wurde, sieht man an einem eilig zusammengeschusterten Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zum Titel 6007. Demnach sollen "Zweckbestimmung" und "Erläuterung" dieses Titels so gefaßt werden, "daß auch Entwicklungen und Beschaffungen solcher Vorhaben finanziert werden können, deren Bedeutung für die Einsatzfähigkeit moderner Streitkräfte sich im Golfkrieg gezeigt hat." Als sei die Funktion von Aufklärung beweglicher Ziele und die Zweckmäßigkeit ihrer verzugslosen Bekämpfung uns erst durch Saddam Hussein bewußt geworden!

Militärische Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben gehören in den Verteidigungshaushalt. Wer sie in einem Golfersatztitel versteckt, versucht die Öffentlichkeit zu täuschen. Hierfür haben die Schnellschüler des Golfkrieges aus den Regierungsparteien vergeblich auf die Zustimmung der SPD gehofft.

(-/26.4.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

### Warum nicht auch über die Kosten sprechen?

Zur Diskussion über den Regierungssitz

Von Horst Niggemeyer MdB

Bei manchen Berlin-Befürwortern gewinnt man den Eindruck, daß sie es für unfein und staatspolitisch anrühlich halten, wenn man im Zusammenhang mit der Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes nach Berlin auch die Kostenfrage stellt. Dahinter verbirgt sich der unausgesprochene Vorwurf der patriotischen Unzuverlässigkeit. Das ist eine politisch unangemessene Haltung, der massiv widersprochen werden muß. Ein Abgeordneter, dem die Verwendung von Steuergeldern gleichgültig ist, setzt sich jedoch dem Verdacht der finanziellen Unzuverlässigkeit aus. Um dies zu vermeiden, gehört auch die Kostenfrage in die Bonn/Berlin-Diskussion. Im Parlament wird schon bei deutlich geringeren Beträgen die Kostenfrage als Argument für pro und contra einer Maßnahme genutzt.

Warum also soll im Zusammenhang mit Bonn/Berlin nicht auch über die Kosten gesprochen werden dürfen?! Natürlich ist hierbei Geld nicht alles; aber ohne Geld ist auch hier alles nichts.

Der Umzug von Bonn nach Berlin wird ein milliardenschweres Abenteuer. So hatte Kohl gerade für Berlin votiert, da reagierten die Gewerkschaften sofort mit der vorsorglich angemeldeten Forderung nach Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Großraum Bonn und ein vom Bund zu finanzierendes Vorruhestandsprogramm für Arbeiter, Angestellte und Beamte, die über 55 Jahre alt sind.

Wie problematisch die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen jedoch ist, beweisen die Problemregionen an Rhein und Ruhr ohnehin schon seit Jahren. Und die Probleme in den neuen Bundesländern sind frei nach Sachsens Ministerpräsident Biedenkopf nur zu lösen, wenn in den nächsten zehn Jahren jährlich 100 Milliarden Mark von West nach Ost transferiert werden. Diese gewaltigen Transferleistungen haben mit den ersten 100 Milliarden DM in diesem Jahr schon begonnen - und zwar von Bonn aus! - und dürfen als ein Zeichen umfassender Solidaritätsbereitschaft der alten Bundesländer und ihrer Kommunen begriffen werden. Diese Solida-

rität ist ohne Einschränkungen für die Menschen in den westlichen Ländern und Kommunen nicht zu erbringen. Das kann ernsthaft nicht bestritten werden.

Die Vollendung der deutschen Einheit ist auch nicht davon abhängig, ob Berlin kurz-, mittel- oder langfristig Parlaments- und Regierungssitz wird. Es wird vielmehr darauf ankommen, ob es den Menschen in den alten Bundesländern schnell genug gelingt, jene Milliardenbeträge zu erwirtschaften und zu mobilisieren, die frei nach Biedenkopf notwendig sind, um Ost und West auf möglichst gleiche Lebensbedingungen zu bringen. Daß dies das verständliche Interesse der Menschen in Rostock, Magdeburg, Leipzig, Suhl oder sonstwo ist, kann nicht bezweifelt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es nicht nur der genannten Milliarden, sondern auch einer stabilen und funktionierenden Parlaments- und Regierungsarbeit, so wie sie von Bonn aus für das gesamte Deutschland schon seit 40 Jahren geleistet wird. Noch fehlen diese Voraussetzungen in Berlin; sie müßten erst mit milliardenschweren Maßnahmen sowohl in Berlin selbst, als auch in Bonn zur Vermeidung von ökonomischen und sozialen Folgeschäden - die aber nicht vermeidbar sein werden! - geschaffen werden. Von der Völkerwanderung der Bundesbeschäftigten von Bonn nach Berlin ist dabei noch gar nicht die Rede, obwohl dieser Faktor unzweifelhaft eine große soziale Brisanz in sich birgt, die ebenfalls nicht zum finanziellen Nulltarif auszuräumen ist. (Auch das muß man doch als Abgeordneter thematisieren dürfen!)

Die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern werden sich zu fragen haben, ob es tatsächlich im Interesse ihrer Wählerschaft liegt, die Solidaritätsbereitschaft der Bevölkerung aus den westlichen Bundesländern daran zu messen, ob sie das problembeladene Berlin als Parlaments- und Regierungssitz befürworten oder nicht.

Gerade in der ehemaligen DDR haben die Menschen erfahren, was es bedeutet, im ganzen Land als vernachlässigtes Anhängsel einer anspruchsvollen Metropole zu gelten.

Nichts würde in den neuen Bundesländern dadurch besser, daß die politischen Entscheidungen nicht in Bonn sondern in Berlin getroffen werden. Es gehört in den Bereich des naiven Köhlerglaubens, so etwas anzunehmen. Was also soll das Gerede darüber, daß man in Berlin sitzen müsse, um die Probleme der neuen Bundesländer besser lösen zu können.

Entweder, wir verstehen uns als ein einzig Volk mit Solidaritätsbereitschaft gegenüber denen, die dieser Solidarität bedürfen, oder wir versagen. Von Bonn aus ist diese Solidarität entwickelt worden, und sie wird auch handfest praktiziert. Dabei sollte es vernünftigerweise auch in Zukunft bleiben. Es sollte alles vermieden werden, was letztlich dazu führen könnte, daß die Menschen in den alten Bundesländern sich durch zusätzliche, vermeidbare Milliarden-Ausgaben für einen Parlaments- und Regierungssitz Berlin ungerechtfertigt in Anspruch genommen fühlen könnten.

Schließlich gibt es ja mit Bonn einen funktionierenden Parlaments- und Regierungssitz im vereinten Deutschland. Das wissen die Menschen in den alten und neuen Bundesländern in gleicher Weise. Berlin müßte also erst noch werden, was Bonn schon ist. Die Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes von Bonn nach Berlin wird bewährte Strukturen in Bonn zerschlagen und die Probleme in Berlin weiter verschärfen. Daß den Menschen in den östlichen Ländern damit geholfen sein soll, ist nicht erkennbar. Jede Stimme für Bonn ist deshalb eine praktische Hilfe für die Menschen in den neuen Bundesländern, denn die notwendigen Milliarden für den Aufbau eines neuen Parlaments- und Regierungssitzes in Berlin werden besser für die Problemlösungen in den neuen Bundesländern des Beitrittsgebietes verwendet. Nicht wenige Berliner und viele ehemalige DDR-Bewohner sehen das auch so. Realitätsorientierte Entscheidungen sind deshalb ein gutes Stück Patriotismus, wenn sie denn den Menschen helfen und dem Land nicht schaden. Das Ja für Bonn ist ein klassisches Beispiel dafür.

(-/26-4-1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

**Eklatante Ungleichbehandlung vermeiden**  
**Zur geplanten Neuregelung des Fremdrechtenrechts**

**Von Hans Büttner MdB**

**Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung**

Die vorgesehene Neuregelung des Fremdrechtenrechts in dem jetzt dem Bundestag zugeleiteten Entwurf zum Rentenüberleitungsgesetz, führt zu einer gravierenden Ungleichbehandlung von Aussiedlern, je nachdem ob sie in den alten oder neuen Bundesländern Aufnahme finden und zu einer eklatanten Benachteiligung von Bürgern der neuen Bundesländer, die zu sozialpolitisch nicht absehbaren Spannungen führen kann.

Zum Sachverhalt: Nach dem deutschen Staatsvertrag erhalten Bundesbürger Ost, die nach dem 18. Mai 1990 nach Westdeutschland übergesiedelt sind oder übersiedeln, keine Ansprüche mehr aus dem Fremdrechtengesetz. Bereits dadurch wurden und werden diese Personen gegenüber Aussiedlern deutlich benachteiligt. Während die neuen Bundesbürger auf das niedrigere Rentenniveau Ost verwiesen werden, sollen Aussiedler, die in Westdeutschland Aufnahme finden, grundsätzlich in das westdeutsche Rentenniveau integriert werden, allerdings mit der Maßgabe, daß es für sie um 20 Prozent gekürzt wird. Damit sollen Aussiedler den westdeutschen Bürgern in strukturschwachen Regionen angeglichen werden.

Durch diese Regelung werden Aussiedler in Westdeutschland besser gestellt als ostdeutsche Bundesbürger. Zudem werden Aussiedler auch noch unterschiedlich behandelt, je nachdem ob sie nach Ost- oder Westdeutschland zugeteilt werden. Dies wird zur Folge haben, daß viele Aussiedler nicht in das Beitrittsgebiet ziehen werden wollen.

Diese eklatante Ungleichbehandlung hätte man vermeiden können, wenn man die Aussiedler generell den Übersiedlern gleichgestellt und ihnen - egal ob sie in West- oder Ostdeutschland Aufnahme gefunden haben - Entgeltpunkte (Ost) gutgeschrieben hätte.

Welche Absicht hinter dieser völlig ungereimten Regelung steckt, läßt sich nur vermuten. Im Entwurf des Überleitungsgesetzes wird diese Ungleichbehandlung damit begründet, daß eine Aufgabe des Integrationsprinzips des Fremdrechtengesetzes für die Aussiedler nicht vertretbar sei. Eine solche Begründung ist aber geradezu abenteuerrich, wenn man sie für die Bundesbürger bereits aufgegeben hat, die ihren Wohnsitz von Ost- nach Westdeutschland verlegt haben. Vielmehr, so scheint es, wollen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, mit dieser Regelung nicht sozial wenigstens einigermaßen gerechte Verhältnisse im Rentenrecht des geeinten Deutschland schaffen, sondern lediglich Auseinandersetzung mit einer ihnen besonders nahestehenden Klientel, nämlich den Vertriebenenverbänden vermeiden. Das damit zusätzliche sozialpolitische Sprengstoff in den sensiblen Bereich des Rentenrechts gelegt wird, scheint den Akteuren des Regierungslagers dabei egal zu sein.

(-/26.4.1991/rs/fü)

\*\*\*\*\*

**Ein Wirken mitten in der großen Volkspartei**

**Walter Edenhofer zum 60. Geburtstag**

**Von Rudolf Dressler MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

**Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD**

Sozialdemokraten reklamieren für sich mit großer Selbstverständlichkeit die Einstellung, mit der Zeit zu gehen. Dahinter kann sich sehr Unterschiedliches verbergen: Die Torheit zum Beispiel, modischen Trends hinterherzulaufen; dahinter kann sich aber auch Umschauen, rasches Verarbeiten und Gestalten des Wandels in einer Gesellschaft verbergen; es kann darin auch stecken, Veränderungen durch Beharren auf inneren Sicherheiten, auf Werten, erträglicher und für

die Menschen akzeptabler zu machen. Das uneinsichtige Stemmen gegen gesellschaftliche Wandlungen läßt sich ausschließen, denn dies ist in der SPD nicht zu Hause, jedenfalls nach der Umwandlung der Sozialdemokraten in eine Volkspartei nur noch eine Randerscheinung.

Die beiden mittleren Weisen, mit der Wirklichkeit umzugehen, sind in der sozialdemokratisch geprägten Arbeitnehmerschaft beheimatet. Und politische Auseinandersetzungen in der sozialdemokratisch geprägten Arbeitnehmerschaft kreisen immer um diese beiden Typen, darum, ob die eine oder andere Weise des Umgangs mit Veränderungen sich durchsetzt.

Walter Edenhofer, der am morgigen Samstag sein 60. Lebensjahr vollendet, hat die vergangenen 20 Jahre des Ringens um Reformpolitik für Arbeitnehmer im Zentrum der SPD mitgemacht und auch mitgestaltet. Reformpolitik ist der richtige Begriff, weil Auseinandersetzungen über Neues keinen Eigenwert darstellen, sondern auf Menschen aus sind, auf Verbesserung ihrer Lebensumstände und Förderung von Chancen.

Die Würdigung der Arbeit Walter Edenhofers - eine Würdigung ist zum 60. Geburtstag gewiß angebracht - bedarf des behutsamen Umgangs mit der Zeit, der sorgfältigen Registrierung der Herausforderungen für einen Sozialdemokraten seiner Prägung. Da er ein ruhiger, besonnener, jeder semantischen Überhebung mißtrauisch begegnender Sozialdemokrat ist, soll seine Einstellung zum Wandel und zur Reformpolitik dargelegt und zum Nutzen anderer erläutert werden.

Reformpolitik ist für ihn kein Basetzen eines bislang unerforschten Territoriums, kein Voranrennen mit der Fortschrittsschraube in der Hand. Wer diese Vorstellung hegt - und sie ist in der SPD weiter verbreitet, als allgemein hin angenommen wird -, entdeckt rasch, daß dieses scheinbar leere Reformland längst bewohnt ist und von denen auch verteidigt wird, die es in Besitz haben. Reformpolitik bedeutet also, den einen geben und anderen etwas nehmen. Das zu wissen und sich dennoch gegen Widerstände zu entscheiden, macht seinen Reformbegriff aus.

Wer Mitbestimmung will, muß sich vorstellen, daß dies immer mit Verlust von Dispositionsrechten der anderen Seite verbunden ist. Wer in der Mitte der achtziger Jahre - wie Walter Edenhofer mit vielen anderen zusammen - wirtschaftliche Erfordernisse mit ökologischen Notwendigkeiten verbinden wollte, der mußte Ängste überwinden und hinter den Ängsten Zukunftsoptimismus entwickeln helfen. Wer will, wie er, daß die Arbeit sozialdemokratischer Betriebsgruppen in der Gesamtpartei Gehör, Respekt, Berücksichtigung findet und nicht als randständige Erscheinung betrachtet, vielleicht auch belächelt wird, muß Widerstände überwinden und für Unbequemes werben.

So gesehen gehört Walter Edenhofer mitten in die große Volkspartei SPD - mit seinem Begriff von Veränderung, der verarbeitet, aber auch aus Sorge im Notfall bremst, und der andererseits mit Widerständen umzugehen weiß. Für ihn ist nicht die Resolution, der papieme Strich gegen den politischen Gegner, das Merkmal sozialdemokratischer Politik, sondern der in Gesetz gegossene Anspruch auf Besserung für jene, die den Reichtum einer Gesellschaft erzeugen. Daher zählt zu seinem Reformbegriff nicht zuletzt die parlamentarische Mehrheit für Ziele und deren Fundamentierung durch eine wache, starke Arbeitsgemeinschaft in der SPD.

Ich wünsche mir, daß Walter Edenhofer die Arbeit der AfA noch lange begleitet, anstoßend, anregend und mit dem Blick für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(-/26.4.1991/rs/fd)

\*\*\*\*\*